

KRITERIENKATALOG

gleichzeitig abschließende Auflistung der Unterlagen nach § 8 VOB/A

Ausschreibung

Verfahren: V26/25/228 - Wach- und Sicherheitsdienstleistungen (Revierdienst) in Übergangsheimen (8 Lose)

EIGNUNGSKRITERIEN

- 1 Los 1 - "Revierdienst Flüchtlingsunterkunft Cronenberger Str. 170"
- 2 Los 2 - "Revierdienst Flüchtlingsunterkunft Friedrich-Ebert-Str. 31-33, 42719 Solingen"
- 3 Los 3 - "Revierdienst Flüchtlingsunterkunft Jaspersstr. 16, 42719 Solingen"
- 4 Los 4 - "Revierdienst Flüchtlingsunterkunft Kronprinzenstr. 18-24/ Freiligrathstr. 6, 42655 Solingen"
- 5 Los 5 - "Revierdienst Flüchtlingsunterkunft Neuenkamper Str. 108, 42657 Solingen"
- 6 Los 6 - "Revierdienst Flüchtlingsunterkunft Nippesstr. 12, 42697 Solingen"
- 7 Los 7 - "Revierdienst Flüchtlingsunterkunft Zietenstr. 31, 42651 Solingen"
- 8 Los 8 - "Revierdienst Flüchtlingsunterkunft Goerdeler Str. 24-26, 42651 Solingen"

9 Eigenerklärung nach § 123 GWB [Mussangabe]

Gewichtung: 14,29%

Maximalpunktzahl: 1

Mindestbewertung: 1 Punkte

Hiermit erkläre/n ich/wir, dass die in § 123 GWB genannten Ausschlussgründe nicht vorliegen.

Hinweis: § 123 GWB lautet:

§123 Zwingende Ausschlussgründe

(1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 10. den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).
- (2) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.
- (3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens

Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

(4) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn

1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder

2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können.

Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

(5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist.

Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 125 bleibt unberührt.

[] Es liegt keiner der vorgenannten Ausschlussgründe vor
[] Gem. beizufügender Anlage liegt mind. einer der o.g. Ausschlussgründe vor

Mehrere Antworten wählbar

10 Eigenerklärung nach § 124 GWB [Mussangabe]

Gewichtung: 14,29%

Maximalpunktzahl: 1

Hiermit erkläre/n ich/wir, dass die in § 124 GWB genannten Ausschlussgründe nicht vorliegen.

Hinweis: § 124 GWB lautet:

§ 124 Fakultative Ausschlussgründe

(1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
9. das Unternehmen

- a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
- b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
- c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

(2) § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes bleiben unberührt.

- ☐ ☐ Keine Angabe (0)
☐ ☐ Es liegt keiner der vorgenannten Ausschlussgründe vor (1)
☐ ☐ Gem. beizufügender Anlage liegt mind. einer der o.g. Ausschlussgründe vor (1)

Nur eine Antwort wählbar

11 Insolvenz [Mussangabe]

Gewichtung: 14,29%
Maximalpunktzahl: 1
Mindestbewertung: 1 Punkte

Ich/wir erkläre(n), dass für mein/unser Vermögen kein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt worden ist. (Weiterführung der Geschäfte durch Insolvenzverwalter - § 22 InsO).

- ☐ ☐ Keine Angabe (0)
☐ ☐ Es wurde kein Insolvenzverwalter bestellt (1)
☐ ☐ Es wurde ein Insolvenzverwalter bestellt oder das Insolvenzverfahren ist eröffnet (0)

Nur eine Antwort wählbar

12 Erklärung gem § 19 MiloG [Mussangabe]

Gewichtung: 14,29%
Maximalpunktzahl: 1
Mindestbewertung: 1 Punkte

In der Vergangenheit ist gegen mich/uns kein Bußgeld von mindestens 2.500 € Höhe wegen Verstoßes gegen das Mindestlohngesetz festgesetzt worden.

- ☐ ☐ Es ist bisher kein Bußgeld festgesetzt worden
☐ ☐ Zu dem Bußgeld habe ich in der Anlage Stellung genommen

Mehrere Antworten wählbar

13 Erklärung gem. § 22 LkSG [Mussangabe]

Gewichtung: 14,29%
Maximalpunktzahl: 1
Mindestbewertung: 1 Punkte

In der Vergangenheit ist gegen mich/uns kein Bußgeld von mindestens 175.000 € Höhe wegen eines rechtskräftig festgestellten Verstoßes gegen das Lieferkettensorgfaltspflichten-gesetz festgesetzt worden.

- ☐ ☐ Es ist bisher kein Bußgeld festgesetzt worden
☐ ☐ Zu dem Bußgeld habe ich in der Anlage Stellung genommen

Mehrere Antworten wählbar

14 Referenz-Fragebogen [Mussangabe]

Gewichtung: 14,29%
Maximalpunktzahl: 1
Mindestbewertung: 1 Punkte

Die gem. der Anlage "Referenz-Fragebogen" geforderten Nachweise und Angaben sind elektronisch (als pdf-Datei) dem Angebot beigefügt.

Gefordert ist:

Benennung von zwei Referenzen aus den letzten drei Jahren (seit August 2023), die die Sicherheit von Unterkünften für Flüchtlinge zum Gegenstand hatten, insbesondere mit Angaben zu

- Name des Auftraggebers und Kontaktdaten, Bezeichnung und Standort der Unterkunft für Flüchtlinge,
 - Zeitraum der Leistungserbringung,
 - Kurzbeschreibung des Umfangs der Referenz, insbesondere mit Angaben zu Regelbelegung, Art der Unterkunft (Landes-/kommunale Unterkunft), Komplexität des Objekts (z. B. Gebäudestruktur, Gebäudeanzahl, Bauart, etc.), Art der erbrachten Leistungen (z. B. Einlasskontrollen, Pfortendienst, Kontroll- und Streifendienst), Anzahl der an der Unterkunft eingesetzten Beschäftigten des Bieters.
- Die Vergleichbarkeit der erbrachten Sicherheitsleistungen setzt voraus, dass der Bieter an der Unterkunft hauptverantwortlich die Sicherheitsdienstleistungen für mindestens 6 Monate mit eigenem Personal erbracht hat.

Angabe der aktuell bei Ablauf der Angebotsfrist sowie im letzten Kalenderjahr 2025 fest angestellten Beschäftigten in der Sicherheits- und Bewachungssparte

Eigenerklärung über den Nettjahresgesamtumsatz (in Euro) sowie den Umsatz (in Euro) zu mit dem zu vergebenden Auftrag vergleichbaren Leistungen des Unternehmens, jeweils bezogen auf die letzten zwei abgeschlossenen Geschäftsjahre (2024, 2025); als vergleichbar angesehen werden Leistungen im Zusammenhang mit der Sicherheit in Unterkünften für Flüchtlinge.

Ggf. fehlende Angaben können durch den Auftraggeber nachgefordert werden.

- ☐ ☐ In den Anlagen teile ich Ihnen unsere Nr. des PQ-Vereins mit.
☐ ☐ Die geforderten Nachweise und Angaben sind dem Angebot als Anlagen beigefügt.

Mehrere Antworten wählbar

15 Sachkundeprüfung nach § 34 a GewO

Erlaubnis zur Ausübung des Bewachungsgewerbes im Sinne des § 34 a GewO ist dem Angebot beizufügen.

16 DIN EN ISO 9001

Gültiges Zertifikat nach DIN EN ISO 9001 für den Geltungsbereich Bewachungsunternehmen nach § 34 a GewO oder gleichwertig ist mit Angebotsabgabe einzureichen.

17 Unbedenklichkeitsprüfung [Mussangabe]

Gewichtung: 14,29%
Maximalpunktzahl: 10

Eigenerklärung zur Einwilligung einer Unbedenklichkeitsprüfung

[]

Mehrere Antworten wählbar

18 Haftpflichtversicherung

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, zur Sicherung möglicher Ersatzansprüche für die Dauer des Vertrags eine Haftpflichtversicherung mit mindestens den in § 14 Abs. 2 BewachV genannten Deckungssummen je Schadensereignis abzuschließen und für die Dauer des Vertrags aufrecht zu halten. Die Versicherungssummen müssen zumindest zweifach maximiert vorgehalten werden. Ein Nachweis ist spätestens vor Auftragserteilung einzureichen.

19 Auszug GZR

aktueller Auszug aus dem Gewerbezentralregister ist bei Angebotsabgabe in den Anlagen hochzuladen

20 Zusätzlich geforderte Unterlagen

Neben der Anlage zur Benennung von Alternativprodukten (soweit zulässig) ist mit dem Angebot/der Bewerbung Folgendes einzureichen:

- ausgefüllte Anlage "CDR_ANLAGE-Eigenerklärung g-VO-2022-833.docx" ist bei Angebotsabgabe in den Anlagen hochzuladen